

Sarah Moayeri, 20, Studentin, seit 3 Jahren aktiv bei linksjugend [´solid] und seit 1 1/2 Jahren in der Basisgruppe Berlin Kreuzkölln, LINKE- und SAV-Mitglied und aktiv im Bündnis NoBärgida.



Liebe Genossinnen und Genossen, hiermit bewerbe ich mich als Kandidatin für den Wahlkreis 1 zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Die gesellschaftliche Polarisierung, die es bundesweit gibt, wird auch in Berlin sehr stark deutlich: Tägliche Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und Migrant*innen, wöchentliche Naziaufmärsche und Stimmenzuwachs bei der AfD (in Berlin bei 9-10%) sind die eine Seite. Die andere Seite sind die vielen freiwilligen Helfer*innen und Aktivist*innen, die sich im vergangenen Jahr für Geflüchtete und gegen Rassismus eingesetzt haben. Damit sich dieses Potenzial als Gegengewicht zur rechten Offensive entfalten und organisiert zum Ausdruck kommen kann, braucht es allerdings eine unangepasste und kämpferische LINKE und Linksjugend, die eine reale Systemalternative darstellt und Teil von sozialen Kämpfen und Bewegungen ist. Es ist unsere Aufgabe, den Kampf gegen AfD, Nazis und Rassisten entschlossen und effektiv zu führen: Sich den Nazis und Rassisten offensiv entgegenzustellen, die AfD als geistige Brandstifter, neoliberale, arbeiter*innenfeindliche, sexistische und homophobe Partei zu entlarven und gleichzeitig Rassismus den sozialen Boden zu entziehen. Das bedeutet zum einen aufzudecken, wer in Wirklichkeit für Kürzungen, Privatisierungen, Wohnungsnot, schlechte Bildung und niedrige Löhne verantwortlich ist und zum anderen den gemeinsamen Kampf von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund für ein besseres Leben voranzubringen. Im Reuterkiez sind beispielsweise die Mieten zwischen 2008 und 2014 um 80% gestiegen, in den letzten vier Jahren wurden 200 Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt. Dadurch wurden viele Menschen verdrängt, kaum jemand kann es sich noch leisten, im Kiez eine Wohnung neu zu mieten. Was wir brauchen sind bezahlbare Wohnungen für alle hier lebenden Menschen, das bedeutet sowohl den Neubau von Sozialwohnungen als auch die Beschlagnahme von spekulativem Leerstand, den man in Neukölln auch immer wieder sieht. Es kann nicht sein, dass Geflüchtete in Massenlager untergebracht werden und gleichzeitig Bürogebäude und Wohnungen leer stehen. Die Spar- und Kürzungspolitik des rot-roten Senats bis 2011 und die jetzige Politik von SPD und CDU haben massive soziale Probleme verursacht, die Nazis und Rassisten für ihre Hetze gegen Geflüchtete und Migrant*innen nutzen. Ich stehe als Jugendkandidatin für einen Oppositionswahlkampf gegen die prokapitalistischen Parteien, egal ob SPD, Grüne oder CDU, und gegen eine Regierungsbeteiligung der LINKEN mit diesen. Sie sind es, die mit ihrer Politik den Boden für Rassismus und Ausgrenzung bereitet haben, die abschieben, kürzen, Löhne drücken und Stellen abbauen. Wir hingegen müssen gemeinsam mit Gewerkschaften, Mieterinitiativen, Geflüchteten etc. für gute Bildung, Investitionen in Arbeit, Wohnraum und Soziales und gleiche Rechte für alle kämpfen und dafür konkrete Forderungen aufstellen. Und es ist genügend Geld zur Umsetzung dieser Forderungen da: Das Vermögen der 11 reichsten Berliner*innen summiert sich auf 9,7 Milliarden Euro. Während diese Minderheit von Unternehmern und Superreichen immer reicher wird, kann die Mehrheit von ihrer Arbeit kaum noch leben, wird aus den Kiezen verdrängt, wird immer ärmer usw. Wir kämpfen als linksjugend solid Kreuzkölln für eine Welt ohne Ausbeutung, Krieg, Diskriminierung und Armut und für ein System, das nach den Bedürfnissen aller und nicht nach Profit für einige wenige organisiert ist und in dem demokratisch über Politik und Wirtschaft entschieden wird. Deswegen verbinden wir den Kampf gegen Rassismus mit dem Kampf gegen das kapitalistische System und die herrschenden Verhältnisse. Dafür braucht es mehr als nur Widerstand im Parlament: Wir brauchen Widerstand auf der Straße, Massenmobilisierungen und soziale Bewegungen, die sich auch in Berlin rund um die Frage von Wohnraum und Geflüchtete formieren. Dafür sollte die LINKE in erster Linie eintreten und diese mit einer antikapitalistischen und sozialistischen Perspektive voranbringen.